

# Impulse der Kommission I

## „Profil und Programm“

### Die SPD braucht ein klares Konzept für Arbeit und soziale Sicherheit!

Während die politische Konkurrenz fleißig an neuen Sozialstaatskonzepten bastelt, wird in der SPD über einzelne Punkte der längst überholten Agenda 2010 diskutiert. Stattdessen sollte die SPD erklären und begründen:

Was ist Arbeit? Wie stellt sie sich das „normale“ Arbeitsverhältnis vor? Was muss der Staat in Zeiten der Digitalisierung, Globalisierung und Ungleichheit machen, um Erwerbsarbeit mit guten Löhnen zu sichern? Was sind die richtigen Mittel zur Verringerung der Einkommens- und Vermögensungleichheit? Welche Leistungen soll der Staat wann und unter welchen Bedingungen gewähren? Wie soll er sie finanzieren?

Als Partei der Arbeit muss die SPD für begriffliche Klarheit sorgen: Was bedeutet Arbeit im 21. Jahrhundert? Der Begriff der Arbeit ist entscheidend für die Diskussion um die Reform der sozialen Sicherungssysteme. Wir benötigen ein strategisch auf den Zeitraum bis zum Jahr 2030 angelegtes Konzept, das konkrete Antworten auf die aktuellen Fragen gibt und über das Kapitel „Gute Arbeit für alle“ im Hamburger Programm hinausgeht. Wo stehen wir? Wo wollen wir hin? Was ist wann zu tun?

Die Kommission I ist überzeugt davon, dass die Sozialdemokratie - auch und gerade im Hinblick der digitalen Transformation - die Partei der Erwerbsarbeit sein und bleiben muss. **Die Erwerbsarbeit ist der Motor für das gesamte Gemeinwohl und die sozialen Sicherungssysteme.**

Die Erwerbsarbeit wird der Gesellschaft auch durch den konstanten Wandel nicht ausgehen. Sie wird sich aber dramatisch ändern: Hier sehen wir den Auftrag der **SPD, Anwalt der Menschen und vor allem Gestalter der neuen Arbeitswelt** zu sein und zu bleiben.

Die gegenwärtigen Diskussionen zu Reformbedarfen oder zum Fortbestand der sozialen Sicherungssysteme sollten hierbei berücksichtigt und mit dem **neuen Konzept** beantwortet werden: Wie stehen wir zu SGB II-**Sanktionen**? Wie sieht unser **Rentenkonzept** (Höhe der Rente, Eintrittsalter und Finanzierung) aus oder wie stehen wir zu einem (bedingungslosen/solidarischen) **Grundeinkommen**?

### **Diskussionsansätze für ein neues Arbeits- und Sozialstaatskonzept:**

- Der Anteil der tarifgebundenen Arbeitsverhältnisse ist seit vielen Jahren rückläufig, wohingegen **prekäre und atypische Beschäftigungsverhältnisse** zunehmen. Die Sozialdemokratie sollte Lösungen aufzeigen, wie dieser **Trend umgekehrt werden** kann. Was muss getan werden, um zur **Stabilisierung der Tarifbindung** die **prekären und atypischen Beschäftigungsformen zurückzudrängen**? Welche Rolle soll der Staat bei der Gestaltung nicht tarifgebundener Arbeitsverhältnisse nehmen (z.B. bei der Festsetzung der Höhe des Mindestlohns, bei der Begrenzung von Managergehältern)? Wie können **Allgemeinverbindlicherklärungen** von Tarifverträgen vereinfacht, **Flächentarifverträge ausgeweitet** und die **gewerkschaftliche Bindung in den Unternehmen gestärkt** werden?
- Die SPD sollte stärker aufzeigen, welche **Nachteile eine weitere Flexibilisierung des Arbeitszeitrechts** hat. Das derzeit geltende Arbeitszeitrecht in Deutschland ist hoch flexibel. (Die SPD sollte klar Arbeitnehmerinteressen vertreten und Forderungen nach weiterer Flexibilisierung zurückweisen: Die FDP möchte das Arbeitszeitgesetz bestimmt nicht deshalb anpassen, um Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken!)
- Das Konzept sollte **knappe** und auf breite Zustimmung in der Bevölkerung stoßende **Kernbotschaften** haben (z.B. Forderung des **Sechs-Stunden-Tags** bei vollem Lohnausgleich – was auch ein immenser Beitrag zur Gleichstellung wäre!)
- Die Sozialdemokratie sichert durch den staatlich garantierten Schutz bei Unfall, Krankheit, Pflege, Weiterbildung, Erwerbslosigkeit und im Alter die Menschen ab – hin zum Sozialstaat 4.0.
- Und wir müssen stärker und wahrnehmbarer für Einkommensgerechtigkeit eintreten. Dienstleistungs- und besonders soziale Berufe müssen deutlich bessergestellt werden, Auszubildende brauchen in allen Bereichen eine Mindestvergütung.

- **Vermögensungleichheit muss bekämpft werden!:** In Deutschland verharrt die Vermögensungleichheit auf sehr hohem Niveau. Neben **Einkommensgerechtigkeit** muss in Zukunft auch **Vermögensgerechtigkeit** wieder ein zentrales Ziel der SPD werden. Neben einer **progressiven Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und Schenkungen** unter Gewährung einmaliger, lebenslanger Freibeträge kann eine **Beteiligung an Vermögen**, etwa im Rahmen eines staatlichen, unabhängigen und durch eine Ethik-Kommission kontrollierten **Vermögensfonds**, einen wichtigen Hebel darstellen, um eine **breite Teilhabe an Erträgen und weltweitem Wachstum** zu ermöglichen.
- Ist der Begriff der Arbeit auf Lohnarbeit zu reduzieren, oder ist ein **erweiterter Arbeitsbegriff sinnvoll**, um so mehr gesellschaftliches Engagement zu ermöglichen und zu honorieren und bspw. auch **Solo-selbstständige unter gewerkschaftlichen und sozialstaatlichen Schutz** zu stellen?
- Wie gehen wir mit **unbezahlter, aber gesellschaftlich bedeutsamen Tätigkeiten** um? Ehrenamt, häusliche Pflege, Engagement in der Gesellschaft: Kann Arbeitszeit und Arbeitsentlohnung so gestaltet werden, dass durch **Reduzierung der Wochenarbeitszeit** und einer **Entlohnung der Freiwilligen- oder Familienarbeit** ein umfassendes Arbeitsverständnis in unserer Gesellschaft entsteht? Wie kann in diesem Zusammenhang Freiwilligen- und Familienarbeit entlohnt und auch **mit für die Rente angerechnet** werden? Das Prinzip der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss wieder zum Leitprinzip sozialdemokratischer Politik werden.